

Internationale Entwicklungszusammenarbeit – Die entwicklungspolitischen Auswirkungen des globalen Wandels

Willi Zimmermann

Zusammenfassung

Der beschleunigte globale Wandel hat teilweise positive und teilweise negative Auswirkungen auf nahezu alle Politik- und Lebensbereiche. Die internationale Entwicklungspolitik war deshalb seit Beginn des neuen Millenniums konsequenterweise einem Wandel der Schwerpunktsetzung und der Inhalte unterzogen. Aspekte der Friedenspolitik, der guten Regierungsführung und Rechtssicherheit, des Krisenmanagements und eines effizienteren globalen Managements von Naturkatastrophen und Gesundheitsrisiken ergänzen die Nachhaltigkeitsdiskussion der 90-Jahre. Dies wird durch die Verabschiedung der »Millennium Development Goals (MDG's 2000)« mit der Entwicklungsperspektive für 2015 schrittweise umgesetzt.

Sichere Eigentums-, Verfügungs- und Nutzungsrechte und fairer Zugang zu Land sowie effizientes Landmanagement sind wieder stärker in das internationale Blickfeld gerückt, weil sie fundamentale und wirksame Elemente der Armutsbekämpfung, Friedenssicherung, Rechtsicherheit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der ökonomischen Entwicklung darstellen. Das Management von Land- und Geoinformation und der Zugang der Zivilgesellschaft zu Information sind Voraussetzung für die Erreichung der Millenniums-Ziele. Die vorliegende Arbeit zeigt die Wirkungen der globalen Politikbereiche auf diese fachspezifischen Bereiche auf und informiert über die Herausforderungen und über beispielhafte Initiativen.

Summary

The dynamics of globalisation are showing positive as well as negative impacts to nearly all aspects of live and in politics. At least since the UN declaration of the Millennium Goals for Development in 2000, Global Governance occupies a central stage in the development discourse but is also considered as crucial element to be incorporated in the development strategy. There is growing recognition of the threat to international security posed by failed and fragile states. The inability of their governments to provide basic services is considered a significant contributory factor. Conflict prevention must be considered a global public good warranting global cooperation and action.

Secure land tenure, fair access to land and resources and efficient management of land are of fundamental significance for poverty reduction, building peace, applying the rule of law and for sustainable development. Similar the efficient management of spatial information and land information as well as easy access to information by civil society are prerequisites for achieving the Millennium goals. The paper is

highlighting the impact of global governance aspects on the land sector and spatial information sector and informing on challenges to be met and relevant initiatives currently underway.

1 Globales rechtsstaatliches und verantwortungsvolles Handeln (Global Governance)

Wir befinden uns an einem kritischen Moment im internationalen System und in der Diskussion über internationale Entwicklungspolitik. Eine »reine« Entwicklung, also eine Entwicklung unabhängig von den globalen Politikinteressen in der realen Welt und den neuen Herausforderungen, die sie darstellen, ist wohl nicht durchführbar. Wir stellen jetzt fest, dass das Leben in Zeiten der Globalisierung und der gegenseitigen Abhängigkeit entscheidend abhängt von:

- Zukunftsfähigem Wandel in den notleidenden Regionen der Welt
- Förderung von Stabilität und rechtsstaatlichem Regierungshandeln in schwachen und gescheiterten Staaten
- Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit knappen Naturressourcen
- Beurteilung der langfristigen Auswirkung der Industriegesellschaften auf die Biosphäre
- Zugang zu Ausbildung und Information für alle Menschen
- Schaffung von Partnerschaft und Solidarität im globalen Maßstab.

Spätestens seit der UNO-Erklärung über die Millenniums-Ziele für Entwicklung 2000 kommt dem globalen Regierungshandeln eine zentrale Position in der Entwicklungsdiskussion zu; es gilt aber auch als entscheidendes Element für die Umsetzung der Entwicklungsstrategie.

Der Schwerpunkt bei verschiedenen Aspekten verantwortungsvollen Regierungshandelns verändert sich unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen, weil andere Gesellschaften Resultate anders bewerten. Beispielsweise kann in den eher utilitaristischen westlichen Kulturen großer Wert auf Leistungsfähigkeit gelegt werden. Anderswo mag der Wunsch nach Harmonie und Konsens diesen Wert außer Kraft setzen. Entsprechend geben manche Kulturen den Individualrechten Vorrang, während andere mehr Wert auf Verpflichtungen gegen-

über der Gemeinschaft legen. Einige geben der »objektiven« Anwendung der Rechtsstaatlichkeit Priorität, während andere in den Entscheidungsprozessen vielleicht der Tradition und dem Clan mehr Gewicht beimessen. Einige Gesellschaften mögen Wirtschaftswachstum als ihr Primärziel ansehen, während andere mehr Wert auf kulturellen Reichtum und Verschiedenartigkeit legen können. Die Bestimmung, was »rechtsstaatliches und verantwortungsvolles Regierungshandeln« darstellt, führt folglich zur Debatte über Werte und kulturelle Normen und über sozioökonomische Erwartungen und Ziele.

Schlechtes Regierungshandeln und Korruption wirken hauptsächlich dadurch zerstörerisch, dass sie den Entscheidungsprozess der politischen Entscheidungsträger verzerren, die damit beauftragt sind, im besten Interesse der Menschen zu fungieren. Ressourcen werden unproduktiv verwendet, und politische Unterdrückung kann die Folge sein, wenn Eliten sich zu Lasten der Gemeinschaft bereichern und ihre Gewinne absichern. Schwache Regierungen und Korruption untergraben grundlegende Menschenrechte: Die Ungleichheit nimmt zu, Dienstleistungen werden vorenthalten und zu häufig sind Menschenleben betroffen. Die Armen tragen die Hauptlast der schädlichen Wirkung schlechter Regierungsführung. Korruptes Regierungshandeln und das Ausplündern von Staatseigentum werden heute als prioritäre Entwicklungs herausforderung angesehen. Die UNO Konvention zur Korruptionsbekämpfung (www.undoc.org 2003) wurde bereits von den meisten Staaten unterzeichnet und wird in nationale Gesetzgebung und Verfahren mit internationaler Unterstützung umgesetzt.

Es ist eine schwierige Aufgabe, die Qualität von Regierungshandeln und Korruption aufgrund ihrer vagen und versteckten Formen zu messen. Jedoch gibt es inzwischen einige seriöse Einschätzungen und Forschungsbemühungen:

- Das Weltbank-Institut (WBI) hat das Regierungshandeln in 209 Ländern nach sechs Kriterien charakterisiert und bewertet: Teilhabe und Verantwortlichkeit, politische Stabilität, Regierungswirksamkeit, Qualität der Durchführung, Rechtsstaatlichkeit, Eindämmung von Korruption, www.worldbank.org/wbi/governance/govdata.
- Der Korruptions-Wahrnehmungs-Index (CPI) wurde von Transparency International entwickelt, er wird jährlich aktualisiert, www.transparency.org/policy_and_research/surveys_indices/cpi.
- Der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung BTI misst den Status des Regierungshandelns in 119 Ländern und stellt es als interaktiven globalen Atlas dar, www.bertelsmann-transformation-index.de/atlas.

Es gibt eine zunehmende Wahrnehmung der Bedrohung der internationalen Sicherheit durch gescheiterte und schwache Staaten. Die Unfähigkeit ihrer Regierungen, grundlegende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, gilt als bedeutender Faktor. In dem Maße, wie Glo-

balisierung und Abhängigkeit zunehmen, verstärkt sich die Bedrohung durch schwache und gescheiterte Staaten. Unterschiedliche Akteure verwenden unterschiedliche Bezeichnungen, um diese Zustände zu beschreiben. Die Weltbank zum Beispiel verwendet die Länderpolitik- und Institutionsbeurteilung CIPA, die derzeit 26 Länder in dieser Weise einstuft. Global sind schwache und gescheiterte Staaten gefährlich, weil sie »regierungsfreie Räume« anbieten, wo sich schließlich alle Arten von Machtbeziehungen und internationale Verbrechen ansiedeln können. Die internationale Gemeinschaft trägt praktische und humanitäre Verantwortung dafür, koordinierte Maßnahmen zu ergreifen und spezifische internationale Entwicklungsbemühungen zum Anhalten oder zur Umkehr ihres Niedergangs herzustellen. Konfliktverhinderung muss als weltweites Allgemeinwohl betrachtet werden, das proaktive Unterstützung erfordert. Aussöhnung, eine faire Lösung von Konflikten über Land und Ressourcen und Zugang zum Land für die Armen sind dabei einige wesentliche vorbeugende Maßnahmen.

Globales Katastrophenmanagement und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen sind weitere Bereiche des globalen Engagements. 2004, 2005 und 2006 erlebte die Welt einen geschätzten Verlust von mehr als 380 000 Menschenleben in vier Naturkatastrophen: Tsunami im Indischen Ozean, Hurrikan Katrina, Erdbeben in Nordpakistan und auf Java, Indonesien. Versicherungsstatistiken zeigen die vielfältige Wirkung von Katastrophen in Bezug auf Menschenleben, Krankheit, Schadenshöhe und Zahl der Betroffenen. Die drei Hauptursachen für diese Tendenz sind die Zunahme der Bevölkerung und ihrer Verwundbarkeit in Gebieten mit hohen Risiken, besonders Naturkatastrophen, die zunehmende technologische Verwundbarkeit bei Katastrophen und auch gründlichere, ausführliche Berichterstattung über Notsituationen, wo immer sie auftreten, wodurch heute eine vollständigere Bestandsaufnahme möglich ist. Die Auswirkung des Klimawandels kann eine Zunahme in der Größenordnung der Verwundbarkeit der Gesellschaft und der Risiken durch Katastrophen verursachen. Schwere Stürme dürften noch beträchtlich heftiger werden, weitere bewohnte Küstenbereiche können durch Sturmschäden in Mitleidenschaft gezogen werden. Durch das Wachstum der Großstadtreionen dringen komplexe Stadtlandschaften in stark gefährdete Gebiete vor.

Die internationale Gemeinschaft hat ebenso wenig wie die Experten für Weltraumtechnologie oder für Landmanagement bereits das Nötige zur Verbesserung der Vorbereitung auf Katastrophen erreicht. Man muss mehr Nachdruck auf die Vorhersage von Katastrophen und die entsprechende Vorbereitung zur Behebung der Auswirkungen legen sowie Notfallmanagement und Wiederaufbau verbessern. Die Weltkonferenz zum Katastrophenschutz in Japan 2005 hebt die Notwendigkeit hervor, die Verringerung der Unfallgefahr in das Hauptfeld der Politikformulierung und -implementierung einzubeziehen und Schadensminderung mit nachhaltiger Entwicklung zu verknüpfen.

Die Raumfahrttechnik hat in der Risikobeurteilung, in der Schadensbegrenzung und in den Vorbereitungsphasen des Katastrophenmanagements erwiesenermaßen Nützliches geleistet. Andererseits müssen Entwicklungsländer noch unterstützt werden, um uneingeschränkten Zugang zu erhalten und dazu in der Lage zu sein, Raumfahrttechnologien für Katastrophenmanagement und Landnutzungs-Instrumente für Gefahrenverringerung umfassender einzusetzen (www.unoosa.org/osa/en/SAP/stdm/index.html).

Unmittelbar nach einer Katastrophe brechen viele Systeme zusammen, die normalerweise dazu dienen, verantwortliches Handeln zu sichern und die Möglichkeit für Korruption einzuschränken. Katastrophen verschärfen häufig bestehende Ungleichheit an Reichtum und Macht und erhöhen so die Wahrscheinlichkeit von Korruption. In Sri Lanka zum Beispiel hat nach dem Tsunami die Notwendigkeit, zu einer schnellen technischen Lösung an der Schnittstelle von Küstenschutz und Gefährdung von Menschen zu kommen, dazu geführt, dass über einen 100 bis 200 Meter breiten Küstenstreifen eine Bauverbotszone verhängt wurde.

Ein neues Gesetz, das vom Parlament verabschiedet wurde, hat der 100–200m Rückverlagerungs-Regelung Gesetzeskraft verliehen. Das verzögert die Wiederbesiedlung für die entwurzelten Menschen und führt dazu, dass sie ihr Eigentum an Haus und Land verlieren. Es besteht erhebliche Gefahr, dass die Armen (v.a. Witwen) entschädigungslos vertrieben werden; gleichzeitig gibt es Ausnahmen für Baugenehmigungen, die mit kapitalintensiven Tourismusprojekten verknüpft sind. Eine Strategie zur Erweiterung der Zahl internationaler Experten und lokaler Experten in den am meisten betroffenen Ländern ist erforderlich, damit den Herausforderungen der Katastrophenfälle und Wiederaufbauphasen anmessen begegnet werden kann.

Globale Veränderungen einschließlich Klimawandel, Dynamik der Landnutzung, Wüstenbildung und Gefährdung der Biodiversität enthalten immer auch eine wichtige geodätische und Land-relevante Dimension. Einzelne Fachleute, wissenschaftliche Verbände und internationale Entwicklungs-Agenturen sind Partner im erforderlichen Übergang von einem individuellen staats-zentrierten Verhalten zu einer mehr Welt-zentrierten Verantwortung und Steuerung.

2 Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit im Landsektor (Good governance)

International wächst das Bewusstsein von der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedeutung guter Regierungsarbeit im Bereich Bodenrecht und Landadministration. Sichere Eigentums-, Nutzungs- und Verfügungsrechte werden zunehmend als befähigende Infrastruktur verstanden. Rechtsstaatliches Regierungshandeln bezieht sich dabei auf die Landverteilung und das Management

der Landressourcen, um auf übergeordnete Probleme zu reagieren; es zeichnet sich durch Teilhabe, Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Wirksamkeit und Gleichbehandlung aus.

Wachsende Erwartungen seitens Anspruchsberechtigter und neue technologische Entwicklungen verlangen in vielen Ländern eine rasche Modernisierung der Land-Informationen und der rechtlichen Dienstleistungen in Bezug auf Eigentums und Nutzungsrechte. Der Bedarf entwickelt sich aus dem Mangel an Klarheit über Landnutzungs- und Eigentumsrechte und aus der Notwendigkeit, jedes mögliche gegebene Recht auf Eigentum oder Nutzung zu schützen gegen arglistige Täuschung durch Dritte, durch überholte gesellschaftliche Institutionen, zunehmende Landkonflikte, Unstimmigkeiten zwischen zentralen und lokalen Systemen (und Interessen), begrenzten Zugang der Armen zu Land, sowie demographische und umweltbezogene Zwänge.

Eine Anzahl von multilateralen Organisationen, darunter Vereinte Nationen und Weltbank, haben Überlegungen über die Elemente verantwortungsvollen und rechtsstaatlichen Regierungshandelns (Good governance) und ihre Beziehung zur Entwicklungspolitik angestellt.

Der Begriff des schlechten Regierungshandelns und der Korruption im Landsektor hat sich verändert, vom »Unaussprechlichen« in der Entwicklungszusammenarbeit wurde er zu einer Schlüsselfrage bei der Beschreibung von Hindernissen für soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Rechtsstaatliche Probleme bei Landbesitz und Landmanagement sind bis zu einem gewissen Grad allen Ländern gemeinsam:

- In hochentwickelten Ländern sind zwar Eigentums- und Verfügungsrechte sicher, Institutionen etabliert und Beamte handeln im Allgemeinen verantwortlich, aber es gibt enge Verbindungen zwischen Reichtum und Macht, und einflussreiche Interessensgruppen greifen ein, wenn es um Gesetzgebung, die Erstellung von Regelwerken, den Abschluss von Regierungsaufträgen, um Baugenehmigungen und Bauvorschriften geht.
- In Entwicklungsländern gibt es häufig einen Mangel an Klarheit über Eigentums- und Nutzungsrechte, Widersprüche im Rechtswesen, schwache Durchsetzung der Gesetze durch die Behörden und begrenzte Zugangsmöglichkeiten für Arme.

Schwaches Regierungshandeln und Korruption im Landsektor sind Ausdruck der Probleme, die weltweit auftreten. Es gibt Bestechung ebenso wie politische Korruption in »gekaperten« Wirtschaftssystemen, in vielen Fällen gibt es keine Durchsetzung von Verwaltungsvorschriften und der Bodengesetzgebung und in Post-Konflikt-Situationen sind wir mit Verletzungen der Menschenrechte durch Zwangsvertreibungen der Menschen von ihrem Land sowie der Praxis der Straffreiheit für Regierungsbeamte konfrontiert. Im Allgemeinen werden die Konse-

Tab. 1: Die erweiterten Beziehungen zwischen globalem Regierungshandeln und dem Management von Land- und räumlichen Informationen

Year	Global policy framework	Milestones for land management and managing spatial information with global impact
1989	Fall of Berlin wall Collapse of socialist systems	New challenge of land policy and property reform in countries in transition
1992	Rio Declaration, UNCED Agenda 21	Land management procedures and tools for national and local Agenda 21
1995	UN Earth summit on social development UN World women's conference	
1996	UN Habitat II Istanbul UN FAO, World Food Summit	UN ECE: Land administration guidelines with reference to countries in transition
1998	UN convention on climate change (Kyoto protocol)	GTZ guiding principles: Land tenure in development cooperation
1999	UNISPACE conference III, Vienna declaration on space and human development UN Global compact, joint effort UN / Business leaders on 10 universal principals	UN – FIG Bathurst Declaration on land administration for sustainable development. UN-Habitat: Secure urban tenure campaign
2000	Declaration of the eight UN-Millennium Development Goals, targeted at 2015	Declaration of related land tenure principles in Urban 21 and Rural 21
2001	Global consequences of Sept. 11, 2001 on development cooperation in terms of redefining security policy, conflict prevention and reconstruction	UNISPACE III Action committee COPUOS on GNSS, natural resource management, environmental monitoring, disaster management and satellite communication. UN-Habitat/FIG conference on land administration in post-conflict countries
2002	World summit on sustainable development WSSD, Johannesburg	WB and partners: Regional land policy conferences in Africa, Eastern Europe, Asia and Latin-America
2003	UN-Convention against corruption (effective since Dec. 2005)	WB: land policy for growth and poverty reduction, global report FIG conference urban-rural interrelationship IAG establishes the Global Geodetic Observation System GGOS
2004		ISPRS commission workshops Istanbul on technology transfer and resource management EU guidelines on land policy FIG Forum on development of land information in the Americas, Mexico FIG conference on secure land tenure Africa
2005	OECD-DAC: Paris declaration on aid effectiveness World conference on disaster reduction, Japan World Summit on the Information Society, Tunis G8 Gleneagles declaration on debt cancellation	FIG conference on secure land tenure Asia, Bangkok GSDI 8 – FIG: Global spatial data infrastructure
2006	World Urban Forum III, Vancouver FAO: International conference on agrarian reform, Brazil	FAO normative land tenure programme AGIT2006 conference, GeoInformation for development-bridging the divide through partnership, Salzburg FIG Regional conference for Africa, Accra FIG congress Munich: Shaping the change

quenzen politischer Korruption für eine nachhaltige Entwicklung stark unterschätzt.

Eine zu schnelle Liberalisierung der Wirtschaft und des Grundstücksmarktes führt ohne starke und verantwortliche Einrichtungen zur Sicherung von Eigentumsrechten und zur Durchsetzung von Verträgen häufig zu massivem Machtmissbrauch und den Armen bleiben nur Unsicherheit und Verlust.

Die Erfahrung zeigt, dass in der Entwicklungsarbeit in Bezug auf Landfragen im Allgemeinen nicht genügend auf die Integration von Grundsätzen des verantwortlichen Regierungshandelns und der Absicherung bei der Gestaltung, Umsetzung und Wirksamkeitskontrolle geachtet wird.

Viel könnte erreicht werden, indem man Grundsätze für rechtsstaatliches Regierungshandeln in der Landfrage aufstellt, Kundenbefragungen durchführt, die interne und externe Revision stärkt, einfachen Zugang zu Informationen sicherstellt, Rückgabe von (angeeignetem) Staatsland, transparente und wirksame Richtlinien und Regelungen oder Anreize für verantwortliches Handeln sicherstellt. Die FAO (land tenure service) entwickelt derzeit Richtlinien für rechtsstaatliches Regierungshandeln in Fragen von Eigentum und Landmanagement. Die Handlungsfähigkeit von Regierungen und Verwaltungen im Landsektor wird dabei gestärkt durch eine Verbindung von demokratischen und technokratischen Elementen, sowohl normativ wie konzeptionell.

3 Bodenpolitik und sichere Eigentums- und Nutzungsrechte

Umfassende Bodenpolitik ist von grundlegendem Wert für Wachstum, verantwortungsvolles Regieren und zur Armutsbekämpfung. Sicheres Grundeigentum kann den Wohlstand der Menschen verbessern, Anreize für Investition schaffen und landwirtschaftliches und städtisches Landmanagement in geregelter Weise stützen.

Den Landerwerb zu erleichtern, Tausch und Verteilung von Land durch den Bodenmarkt sowie durch Kanäle außerhalb des Marktes wie Erbschaft und Flurneuordnung – diese Fragen sind von zentralem Interesse. Regierungen und Landadministrationsbehörden haben eine wichtige Rolle zu spielen bei der Förderung gesellschaftlich erwünschter Landverteilung und -nutzung. Dies wird sehr deutlich bei Landprivatisierung in Transformationsländern, Landreformprogrammen in Ländern mit hochgradig ungleicher Verteilung des Landbesitzes und in Situationen nach Konflikten und Bürgerkriegen.

Angesichts des Querschnittscharakters und der weitreichenden Implikationen spielen der Aufbau eines bodenpolitischen Ordnungsrahmens, Rechtssicherheit für Eigentum und Nutzungsrechte und Landadministrationsysteme eine zunehmende Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In multi- und bilateralen Entwicklungsinstitutionen sind ausgezeichnete

Führungsprinzipien zusammen mit der FIG entwickelt worden, nämlich die UN-ECE Richtlinien über Landadministration in Transformationsländern (1996), in der UN-FIG Bathurst-Erklärung über Landadministration für nachhaltige Entwicklung (1999), in dem GTZ-Orientierungsrahmen für Bodenrecht und Bodenordnung in der Entwicklungszusammenarbeit (1998), im World Bank (WB)-Forschungsbericht über Bodenpolitik für Wachstum und Armutsbekämpfung (2003) und in den EU-Leitlinien über Bodenpolitik. Das Bewusstsein von der Bedeutung der Sicherheit von Eigentums- und Nutzungsrechten ist durch die FIG und bilaterale Geberorganisationen in regionalen Konferenzen gestärkt worden, und im letzten Jahrzehnt war eine bedeutende Zunahme an Bodenpolitik/Landadministration/Landmanagementprojekten mit Unterstützung von internationalen Entwicklungsinstitutionen zu beobachten. Bedeutende Fortschritte sind festzustellen bei der Bewusstseinsbildung, welche Bedeutung sicheres Bodeneigentum und Besitz, die Kapazität von Landadministrations- und Fachkräften, ferner der gesetzliche Rahmen und ein leistungsfähiges Management von Land-Informationen haben, wodurch persönliche Eigentumsrechte und Bodenmärkte abgesichert werden. Dennoch ist auf einer globalen Skala die Arbeit keineswegs erledigt und viele Bereiche erfordern noch wesentliche Verbesserungen:

- Gemeinschaftseigentum ist immer noch die grundlegende Eigentums- und Nutzungsform für ungefähr 30% der Bevölkerung weltweit. Rechte des Gemeineigentums stehen unter zunehmendem Druck und sind gefährdet, besonders in Afrika. Landadministrationsysteme schließen im Allgemeinen nicht das Sichern »aller« Eigentums-, Nutzungs- und Verfügungsrechte ein und haben wenig dafür getan, sich mit gemeinschaftlichen Besitz- und Verfügungsrechten und indigenen Bodenrechten in einer systematischen und regulären Weise zu befassen. Das positive Beispiel des internationalen Landadministrationsprojektes von Ghana kann als Ausnahme angesehen werden.
- Millionen Frauen in der ganzen Welt leiden unter der Missachtung ihrer gleichen Berechtigung, Land zu besitzen, zu erben, zu verwalten und darüber zu verfügen. In der ganzen Welt sind Forderungen nach Frauenrechten auf Land oft auf heftigen Widerstand gestoßen, weil sie patriarchalische Machtpositionen infrage stellen. Ein Hauptproblem, wenn Grundstücksrechte für Frauen nicht bloß auf dem Papier stehen sollen, besteht darin, wie diese Rechte in Realität auf dem Land umgesetzt werden sollen. Auch wenn Fortschritte in Gesetzen und in der Politik erzielt worden sind, bleibt es schwierig, durch Bewusstseinsbildung und mit den Mitteln der Argumentation zu arbeiten und auf positiven Gemeinschaftserfahrungen aufzubauen. Gesetze zu ändern ist wichtig, aber noch wichtiger ist die Änderung der gesellschaftlichen Normen und des Bewusstseins in den Landverwaltungsinstitutionen. Informationen bedeuten in der Tat Macht, aber die Erfahrungen

deuten darauf hin, dass es letztlich keinen Ersatz für politischen Kampf in der heftig umstrittenen Arena der Grundstücksrechte für Frauen gibt. Die niederschmetternde Zahl von HIV/AIDS-Infizierten (besonders in Afrika) führt dazu, dass Millionen weitere Frauen in jungen Jahren zu Witwen werden und ihnen häufig verweigert wird, das Land der Ehemänner zu erben; sie werden gewaltsam von ihrem Land und ihrer Unterkunft vertrieben.

- Am häufigsten werden die Grundregeln für rechtsstaatliches Regierungshandeln beim Management von Staatsland verletzt. Über Verteilung des Staatslandes in großem Stil an Agrar- und Forstgesellschaften oder Bergbauunternehmen unter Verletzung bestehender Rechte an Gemeineigentum, indigener Bodenrechte und lokaler Ressourcenrechte an Gemeindeland wird von Menschenrechtsorganisation aus vielen Ländern berichtet. Verantwortliche (einschließlich Regierungsmitglieder und Beamte in der Landadministration) verkaufen in einer Anzahl von Partnerländern privat Staatsland oder übertragen es für ihren eigenen Gebrauch. Das Staatseigentum einer Gesellschaft (im Allgemeinen zwischen 40 und 70% der Bodenfläche) ist einer der wichtigsten Werte für Wirtschaftswachstum und für Sozial-, Umwelt- und politische Entwicklung, wird aber in der Realität häufig vergeudet.
- Der Staat ist durch seine verschiedenen gesetzgebenden, Exekutiv- und Verwaltungsorgane und Organisationen der Teil der Gesellschaft, der nicht nur die Verantwortung trägt, sondern auch die Fähigkeit hat, über die Verwendung jener unbeweglichen Eigentumswerte, die der Gesellschaft als Ganzes gehören, zu verfügen, sie zu bewahren und über ihren Gebrauch zu bestimmen. Das heißt, die Verwendung von Staatseigentum sollte grundsätzlich vorteilhaft für alle sein. Das bedeutet, dass eine Regierung so früh wie möglich anfangen sollte, ihre Bodenpolitik zu entwickeln. Die Auswirkung einer unerlaubten Unterschlagung von Staatsland auf Entwicklungsprozesse und Armutsbekämpfung ist enorm. Sie hat sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf Sicherheit des Land- und Ressourceneigentums, Zugang zum Land und Erzeugung von Einkommen. Allzu häufig wird die Verwaltung von Staatsland aus politischen und Effizienzgründen nicht in Landadministrationsprojekte mit aufgenommen (zum Beispiel in Thailand).
- Die Notwendigkeit, die Landadministrationssysteme zu reformieren, besteht offensichtlich immer noch für die Erleichterung des Informationsflusses und -managements bezüglich Land und Eigentum, für einfachen Zugang zu Informationen für die Öffentlichkeit, leistungsbereite Agenturen mit eindeutigen Regelungen und Vorschriften, größeren Managementkapazitäten, ausreichender Vollmächtsübertragung an dezentralisierte Dienstleistungen, transparenten Richtlinien für Private/Public Partnership, leistungsfähige Service-Funktionen für Städte und Gemeinden, Öffentlichkeit,

Justizgewalt (besonders für gerechte Konfliktlösung) und Unterstützung beim Ausbau von Ausbildung und fachlichen Kapazitäten. Die Empfehlungen der Bathurst-Erklärung über Landadministration für nachhaltige Entwicklung (1999) sind immer noch gültig, und Länder sowie internationale Institutionen sollten ermutigt werden, diese Grundregeln anzuwenden.

4 Land in Post-Konflikt-Situationen

Einige Bürgerkriege und heftige Konflikte haben ihre Wurzeln in den Debatten über Zugang zu Land und zu Landressourcen (zum Beispiel im Sudan). In vielen anderen Fällen ist Landbesitz nicht eine grundlegende Ursache der Gewalttätigkeit, auch wenn unerledigte Landkonflikte beträchtlich zu den Spannungen beitragen. Heutzutage berücksichtigt die internationale Gemeinschaft viel stärker den dringenden Bedarf an Landregulierung und bietet Unterstützung in Programmen zur Verrechtlichung von Landbesitz in Post-Konflikt-Situationen. Die Land-bezogenen Dienste der UNO-Familie, also die FAO, land tenure service (FAO 2005) und UNO Habitat (land tenure section, UNO Habitat 2003), haben Leitlinien für Regularisierung und Rekonstruktion von Eigentums- und Landadministrationssystemen entwickelt. Die FIG hat ein Symposium über Landverwaltung in Post-Konflikt-Gebieten organisiert (FIG 2004) und über die notwendigen Konsequenzen diskutiert.

Was wir häufig sehen sind hektische Aktivitäten vor Ort, aber wenig oder kein Fortschritt bei Machtstrukturen, Verantwortlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Der Ansatz zum Staatsaufbau und gutem Regierungshandeln in Post-Konflikt-Ländern ist zäh und häufig wenig erfolgreich. »Schnelle Resultate« durch massiven Zufluss von Auslandshilfe führen zu unrealistischen Erwartungen, die schwierig zu erfüllen sind. Das Einführen von Projekten in solch einem Klima braucht viel mehr als Geld, am wichtigsten sind kompetente Einrichtungen, Teilnahme der Menschen, ein befähigendes Umfeld und kompetente internationale und lokale Berater mit einem neuen Profil für das Handhaben des gewünschten Wandels.

Die Aufgabe ist gewaltig und wird im Allgemeinen hinsichtlich der erforderlichen menschlichen und finanziellen Ressourcen, des Zeitrahmens und der damit verbundenen Risiken völlig unterschätzt.

Die Erfahrungen bei Projekten zur Regularisierung von Landbesitz zum Beispiel in den Post-Konflikt-Ländern Kosovo, Bosnien, Kambodscha, Osttimor, Palästina, Angola, Guatemala, oder Afghanistan machen die Herausforderung, den Umfang der Aufgabe und die enormen mit dem Land verbundenen Probleme deutlich. Es gibt keine »besten oder sehr guten Vorgehensweisen«, wenn wir das Regierungshandeln im Allgemeinen realistisch betrachten. Realistisch betrachtet gibt es nur einige »genügend gute Vorgehensweisen«. Typischerweise sind Länder im Konflikt und in Post-Konflikt-Situationen charakterisiert

durch eine Herrschaft der Macht und nur in einem geringen Umfang durch eine Herrschaft des Rechts (rule of law). Millionen Menschen wurden gewaltsam umgesiedelt und vertrieben, die Eigentumsdokumente wurden während des Tumultes zerstört oder gingen verloren, für viele Menschen ist der Zugang zu ihrem Land wegen großflächiger Kontamination mit Landminen, Zerstörung der Bewässerungssysteme oder der physischen Infrastruktur unmöglich. Am Ende eines Konflikts kehren viele Menschen in ihre Heimat zurück, nur um festzustellen, dass andere ihr Land bereits besetzt haben. Die Wellen der Vertreibung führen dazu, dass mehrere Menschen zugleich Rechtsansprüche auf das gleiche Stück Land haben. Die menschliche und physische Infrastruktur für Berufsausbildung wurde zerstört.

Das Militär spielt eine dominierende, aber nicht immer rechtsstaatliche gesellschaftliche Rolle während der Periode des Übergangs. Demobilisierte Soldaten müssen in die Zivilgesellschaft integriert werden, wo Land, Unterkunft und Jobs zur Verfügung stehen müssen. Frauen, die Haushaltsvorstände waren, verlieren ihr Eigentum und den Zugang zu Land in einer Umgebung gewaltsamer Machtverhältnisse. Gesetze werden kaum durchgesetzt. Mächtige Personen genießen häufig Straffreiheit und ziehen Nutzen aus der Realität schwacher Regierungen in Post-Konflikt-Situationen. Massive Landinbesitznahme und Verletzungen der Menschenrechte, wie Zwangsvertreibungen, sind weit verbreitet. Streit um Land zwischen Armen und Mächtigen nehmen täglich zu und bleiben ungelöst.

Die räumliche Dateninfrastruktur ist zerstört oder hat wegen der vielen Jahre der Unruhe nie bestanden. Kambodscha zum Beispiel hat das vertikale Bezugssystem (Höhennetz) vollständig verloren. Die Roten Khmer haben absichtlich alle Festpunkte und die vertikale und horizontale Referenz-Infrastruktur und -Dokumentation zerstört.

Internationale Experten und nationale Fachleute stehen vor einer gewaltigen Aufgabe. Erforderlich sind spezifisches professionelles Wissen um den Aufbau eines konstruktiven Rahmens, das Anpacken schwieriger rechtsstaatlicher Probleme, Umbau von Institutionen, situationsspezifische Abläufe und Prioritäten und ein Konzept für ein langfristiges Bodenprogramm. Herkömmliches Berufswissen und Konzepte führen zu begrenzter und oft wirkungsloser Festsetzung von Prioritäten und Abläufen, manchmal sogar zu unproduktiven Maßnahmen. Die internationale Gemeinschaft leidet unter einem Mangel an »Post-Konflikt«-Landexperten und kann sich noch nicht ausreichend den Herausforderungen stellen.

5 Aufbau der räumlichen Dateninfrastruktur

Die UNISPACE III Konferenz der UNO 1999 hat einen wesentlichen Durchbruch für das Verständnis und die Anwendung von Weltraumtechnologie für soziale und wirtschaftliche Entwicklung in globaler Perspektive er-

reicht. Die Weltraumtechnologie hat in den letzten Jahren schnelle Fortschritte gemacht. Dennoch fehlen vielen Ländern noch die Ressourcen, um auch nur die grundlegenden Funktionen der Weltraumtechnik zu nutzen. Die Notwendigkeit, diese Technologie für alle Länder zugänglich zu machen, ist gewachsen. Der Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums COPUOS hat die Implementierung eines kompletten Aktionsplans vorbereitet und koordiniert, der der Wiener Erklärung über Weltraum und menschliche Entwicklung folgt. Die wichtigsten thematischen Bereiche für globales Regierungshandeln und internationale Entwicklungszusammenarbeit sind:

- Gebrauch und Anwendung des globalen Navigations-Satellitensystems GNSS
- Naturressourcenmanagement und Umweltüberwachung
- Raumfahrt-Technologie- und Katastrophenmanagement
- Satellitenkommunikation
- regionale Zentren und Technologieausbildung

Dringende Fragen sind benutzerfreundliche Anwendungen, preiswerte Lösungen und Definition von Standards, die die Bedürfnisse von Benutzern und Politik berücksichtigen und Kapazitäten entwickeln.

Die globale räumliche Daten-Infrastruktur-Vereinigung GSDI stellt eine Plattform für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit im globalen Maßstab zur Verfügung. Es besteht die Notwendigkeit, die Teilnahme der Entwicklungsländer in GSDI bei der Konzipierung und dem Aufbau ihrer nationalen räumlichen Dateninfrastruktur systematisch zu erleichtern und zu unterstützen.

Von besonderer Bedeutung für Entwicklungsländer werden die Resultate der Satelliten-Gravimetrie-Erkundungen, von GRACE, CHAMP und GOCE für die Altimetrie sein. Management von überregionalen Wasserscheiden und Maßnahmen für Hochwasserschutz zum Beispiel in den Tieflandregionen entlang dem Mekong (Vietnam, Kambodscha, Laos) sind unwirksam, weil es keine einheitlichen vertikalen Referenzsysteme gibt, das Referenzsystem zum Beispiel im Post-Konflikt-Kambodscha zerstört worden ist und lokale Geoiden nicht bestimmt wurden. Die Bedeutung eines Welthöhensystems und die Integration der horizontalen, vertikalen und gravimetrischen Referenzsysteme für Entwicklungsländer kann nicht genug betont werden. Ist der Wille vorhanden und können Ressourcen mobilisiert werden für die Realisierung des Welthöhensystems?

6 Die Rolle der Informations- und Kommunikationstechnik (ICT)

Die digitale Revolution hat die Art und Weise grundlegend verändert, wie Menschen sich mitteilen, arbeiten und ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie hat neue Formen des

Wissens, der Ausbildung und der Verbreitung von Informationen entwickelt. Sie hat schnelle Lieferung von humanitärer Hilfe und Gesundheitsversorgung ermöglicht und in Umweltschutz und Umwelt-Überwachung neue Möglichkeiten eröffnet. Sie hat die Formen verändert, wie sich die Welt politisch engagiert. Da Zugang zu Informationen und Wissen eine Vorbedingung zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungs-Ziele (MDGs) ist, besteht die Möglichkeit, die Lebensbedingungen für Millionen Menschen auf der Welt zu verbessern. Während die digitale Revolution die Grenzen des globalen Dorfs ausgeweitet hat, bleibt paradoxerweise die breite Mehrheit der Weltbevölkerung von diesem sich entwickelnden Phänomen isoliert. Mit dem sich ständig erweiternden Abstand zwischen Wissen und Unwissenheit hat der Entwicklungsabstand zwischen Reichen und Armen, zwischen Ländern und innerhalb von Ländern sich ebenfalls erhöht. In fast allen Ländern weltweit sind städtische Zentren Sieger und entlegene ländliche Gebiete Verlierer der Wissensgesellschaft. Es ist folglich für die internationale Gemeinschaft zwingend erforderlich geworden, diese digitale Spaltung zu überbrücken und die Millenniums-Ziele auf die Datenautobahn zu setzen, um bessere Ergebnisse zu erreichen. Die »Information Society« Weltgipfel 2003 in Genf und 2005 in Tunis waren wichtige Meilensteine für die globale Diskussion, die Grundsatzerklärung und einen Aktionsplan einschließlich der Entwicklungsländer mit MDG Zielen für 2015.

Das internet-basierte Lernende Netzwerk Globale Entwicklung GDLN, von der Weltbank 2000 initiiert, ist nur ein Beispiel für den Aufbau der ICT-Infrastruktur in einer globalen Partnerschaft von etwa 60 Fern-Lern-Zentren in Entwicklungsländern und mehr als 110 internationalen Partnern (Weltbank-Institut, Universitäten und internationale Geldgeber). Zum Beispiel bedeuten die erheblichen Entfernungen in Afrika und seine verhältnismäßig schwache physische und pädagogische Infrastruktur, dass Fern-Lernhilfsmittel und -technologien wesentlich für die Verbesserung des Zugangs zu Ausbildung und Kapazitätsaufbau auf dem ganzen Kontinent sind. Es gibt jetzt zehn Zentren in der Region Afrika (in Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Äthiopien, Ghana, Mauretanien, Mosambik, Senegal, Tansania und in Uganda). Die Menschen haben große Vorteile durch die GDLN-Zentren, um das Lernen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Zielgruppen auf so unterschiedlichen Gebieten wie Bodenpolitik, Gesundheit, landwirtschaftliche Entwicklung, Ausbildung und Armutsbekämpfung zu verbessern.

2003 organisierten Weltbank-Institut und GTZ einen GDLN-basierten einwöchigen Kurs über »Bodenpolitik für Wachstum und Armutsbekämpfung, konzentriert auf Post-Konflikt-Situationen in Süd- und Ostasien«. Zirka 220 asiatische Praktiker aus fünf Ländern engagierten sich in einem Online-Forum, das die Fernlern-Zentren in Hanoi (Vietnam), Dili (Osttimor), Colombo (Sri Lanka) und in Bangkok (mit Teilnehmern aus Kambodscha und Laos) miteinander verband. Präsentationen, Online-Videokon-

ferenzen und Diskussionen, Arbeitsgruppen und direkter Zugriff auf Dokumente und Materialien sorgten für ein ideales internationales Lernumfeld und den Austausch von Spezialkenntnissen. Die Menschen möchten neue Fähigkeiten schnell und effizient erwerben. Das GDLN wird daher rasch ausgebaut in Richtung Fernlernzentren, Teilnehmer und Kurse.

ICT sollte nicht nur als Einbahnstraße gelten. Es ermöglicht auch einfacheren Zugang zu traditionellem Wissen. NGO's und UNESCO arbeiten intensiv daran, wertvolles traditionelles Wissen (um zum Beispiel die Verschiedenartigkeit der Systeme der indigenen Bodenrechte und der herkömmlichen Landrechte besser zu verstehen) zu dokumentieren und kulturelle Vielfalt und interkulturelle Kommunikation zu schützen.

Durch ICT sind indigene Gruppen fähig geworden, bedeutende Aspekte ihrer Kulturen aufzuzeichnen und zu bewahren. Die Handhabung des eingeborenen Wissens und der Geschichte ist zu einem extrem wichtigen Werkzeug geworden, um Überleben und eigenständige Zukunftsfähigkeit gefährdeter lokaler Kulturen sicherzustellen, Beweise für vergangenes Unrecht festzuhalten und Ansprüchen der ursprünglichen Besitzer zu unterstützen.

7 Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Pariser Erklärung der OECD, gebilligt am 2. März 2005, ist eine internationale Vereinbarung, getroffen von über hundert Ministern, Leitern von Trägerorganisationen und anderen höheren Beamten in der erklärten Absicht ihrer Länder und Organisationen, Bemühungen um Harmonisierung, Abstimmung und Organisation von wirksamer Entwicklungszusammenarbeit mit einer Zusammenstellung kontrollierbarer Maßnahmen und Indikatoren fortzusetzen und zu erhöhen. Die Pariser Erklärung fördert ein Modell der Partnerschaft, das Transparenz und Verantwortlichkeit bei der Verwendung von Entwicklungsressourcen verbessert. Sie erkennt an, dass Hilfe dann wirksamer wird, wenn es stärkere und ausgeglichene Mechanismen der Verantwortlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen gibt. Auf internationaler Ebene stellt die Pariser Erklärung einen Mechanismus dar, durch den Geber und Empfänger von Entwicklungshilfe gegenseitig verantwortlich sind und die Einhaltung der Verpflichtungen öffentlich überwacht wird. Auf Länderebene ermutigt die Pariser Erklärung die Geberinstitution und den Partner, beiderseitige Fortschritte gemeinsam festzuhalten, wenn sie die vereinbarten Verpflichtungen zu wirksamer Hilfe überprüfen und dabei von den örtlichen Gegebenheiten den bestmöglichen Gebrauch machen.

Zu viele Ressourcen und zu viel Zeit werden verschwendet, sei es durch egozentrisches Geberverhalten oder weil Partnereinrichtungen eine Internationale Organisation gegen eine andere ausspielen. Es ist an der Zeit,

Tab. 2: Programm »Landmanagement and Administration LMAP« Kambodscha: programmgestützter Ansatz für Projektdesign und -implementierung

Land-Komponente	Internationaler Partner	Organisatorisches Design
Bodenpolitischer Ordnungsrahmen	Deutsche Regierung, WB	LMAP (Gemeinschaftsprojektmanagement Ministerium-Land, WB, Deutsche, Finnische, Kanadische Regierungen)
Gesetzesrahmen	Deutsche Regierung, WB, ADB	LMAP (ADB ergänzend)
Regelung von Landkonflikten	Deutsche Regierung, WB NGOs (Rechtshilfe)	LMAP und NGO's
Aufbau Kataster und Grundbuch	Finnische Regierung, WB	LMAP
Geodätisches Netzwerk, Vermessung	Finnische Regierung, WB	LMAP
Inventur von Staatsland	Kanadische Regierung	LMAP
Indigenes Bodenrecht	Deutsche Regierung, Schwedische Regierung, NGOs	ergänzend
Neue Uni-Fakultät Land-Management und Administration	Deutsche Regierung, WB	LMAP
Land-Verteilung (Soziale Konzessionen)	WB, Deutsche Regierung	demnächst
Land-Management, Flächen-nutzungs-Planung	Dänische Regierung	ergänzend
Geberkoordination	technische Arbeitsgruppe mit internationalen Gebern und nationalen Partnern für die Harmonisierung der Vorhaben und gemeinsames Handeln	

dass die internationalen Geber ihre Vorhaben harmonisieren und ihre Methoden und Strategien für gemeinsame Tätigkeit auf globaler Ebene wie auf der des Partnerlandes in der Bodenpolitik, im Management von Land und im Management der räumlichen Informationen abstimmen. Verbesserungen sind erkennbar durch

- neue Konzepte, die nicht mehr Geber-, sondern Partnerland-zentriert sind, und Unterstützung einer landesweiten Entwicklungsstrategie im Landsektor (Land Policy) und für die nationale räumliche Dateninfrastruktur.
- Unterzeichnung von Projektvereinbarungen mit Partnerorganisationen im Land und motivierten Geldgebern für die Implementierung eines gemeinsamen Aktionsplans, einschließlich Prioritätensetzung und Festlegen einer Reihenfolge der Arbeitsschritte und der Aufteilung der Aufgabe (wobei die Entwicklung von der Koordination der Geber zu vertraglich fixierter Verpflichtung gehen soll).
- Beurteilung neuer Wege der gemeinsamen Finanzierung, der Parallel-Finanzierung oder Korbfinanzierung für nationale Programme.
- Einrichtung einer formlosen oder formellen Projektgruppe zu Landangelegenheiten unter lokaler Führung,

die die unterschiedlichen Interessen von Geberinstitutionen und Empfängerland harmonisiert und ergänzende Maßnahmen festlegt.

- Respekt für nationale Führungsregeln und Schaffung einer neuen Verpflichtungskultur zwischen internationalen Gebern und Einrichtungen des Empfängerlandes, die aus Gebern engagierte Partner macht.
- Stärkung der nationalen Räte und Foren für Bodenpolitik (national land policy board) auf leitender Ebene und nationaler Koordinierungsmechanismen für räumliche Dateninfrastruktur und ihre technischen Sekretariate.
- Verbesserung der Wirksamkeit durch Unterstützung gemeinsamer Vorhaben mit internationalen und nationalen Partnern, gemeinsame Wirkungsprüfung und Monitoring.
- Gemeinsame Entwicklung einer Strategie zur Förderung der fachlichen Kapazitäten und Einführung eines systematischen Trainings- und Ausbildungsprogramms.

Vielversprechende Beispiele für gemeinsame Aktionen der internationalen Gemeinschaft sind (unter anderem) das Landadministrationsprojekt in Ghana, die Landma-

nagementprojekte in Kambodscha und in Laos oder die globalen Initiativen Bodenpolitik für Wachstum und Armutsbekämpfung unter Führung der Weltbank (verwirklicht von 2000 bis 2003) und das »Learning Network on Program-Based Approaches« PBA. LMAP Kambodscha (Tab. 2) wurde 2004 in Tokio als vorbildliches PBA ausgezeichnet.

8 Deutsche Entwicklungszusammenarbeit: Internationaler Partner für die Gestaltung der Zukunft

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist ein unabhängiger Bereich der deutschen auswärtigen Politik. Sie wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) formuliert und von den beauftragten Organisationen umgesetzt. Es ist Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, die Armut weltweit zu verringern, Frieden zu schaffen und gerechte Formen der Globalisierung zu fördern. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt hier an den gemeinsamen Zielen der internationalen Gemeinschaft an: die Richtung wird bestimmt von der Millenniums-Erklärung und den davon abgeleiteten acht Millenniums-Entwicklungs-Zielen (MDGs), der Erklärung von Monterrey und dem Johannesburg-Plan zur Implementierung. Deutschlands Strategiepapier für die Verwirklichung dieser Entwicklungsziele, insbesondere der MDGs, ist das interministerielle Aktionsprogramm 2015, das von der deutschen Regierung im April 2001 beschlossen wurde.

In ihren Partnerländern unterstützt die Bundesrepublik Formen der Entwicklung, die mit den Grundregeln der Nachhaltigkeit übereinstimmen, wobei ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt wird: alle Entwicklungstätigkeiten müssen positive Auswirkungen auf die soziale, ökonomische, ökologische und politische Entwicklung der Partnerländer haben.

Die deutsche Entwicklungspolitik ist global, strukturell und Friedenspolitik. Sie ist Teil einer vorbeugenden Strategie gegen Gewalt, Krieg und Terrorismus. Das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist, ihre Ressourcen mit dem Ziel der Abwendung gewaltsamer Konflikte und Kriege zu benutzen. Diese Politik basiert auf einem Verständnis von Sicherheit, das politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfasst. Denn langfristig kann es Frieden nur geben, wenn die Menschenrechte respektiert werden, wenn Armut verringert wird, wenn wirtschaftliches und soziales Unrecht beseitigt wird und wenn Naturressourcen als die lebenswichtige Grundlage für alles Leben auf der Erde bewahrt werden. Eine globale Partnerschaft dieser Art kann die Bedingungen schaffen, die benötigt werden, wenn alle Menschen in die Lage kommen sollen, die Möglichkeiten der Globalisierung zu nutzen. Deutschlands Verständnis von globaler Partnerschaft bezieht auch die Zivilgesellschaft und den privaten Sektor mit ein.

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit basiert auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Partnerländer und der deutschen Regierung. Bei den Verhandlungen auf Regierungsebene wird auch eine Vereinbarung bezüglich des Umfangs der finanziellen Zusammenarbeit (durch KfW, Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der technischen Zusammenarbeit (durch GTZ, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), die im Auftrag der Bundesrepublik arbeiten, erreicht. InWent (Kapazitätsaufbau International, Deutschland) ist gleichbedeutend mit menschlichen Ressourcen und organisatorischer Entwicklung in der internationalen Zusammenarbeit.

Durch die GTZ stützt die deutsche Regierung z.Z. »Land«-Projekte in folgenden Ländern.

Bosnien	Ghana	Montenegro
Kambodscha	Laos	Namibia
Kroatien	Mali	Rumänien
Georgien	Mongolei	Serbien

Den Vorrang haben dabei der Aufbau fachlicher Kapazitäten, Reform und Entwicklung von Institutionen, Bodenpolitik und rechtliche Rahmenregelungen sowie die Entwicklung von Methoden und Verfahren. Zusätzlich integrieren Projekte auf dem Gebiet der ländlichen Entwicklung, der städtischen Entwicklung, des Naturressourcenmanagements und der Dezentralisierung mehr und mehr Land-bezogene Bestandteile.

Die GTZ ist ein kompetenter Partner in Land-bezogener Forschung und Politikentwicklung (Bodenpolitik WB und EU), unterstützt Netzwerke (LANDnetAFRICA), ko-organisiert Konferenzen wie Geoinformation für Entwicklung (AGIT/gi4dev) oder ko-organisiert Fernlern-Initiativen (WBI/GTZ Bodenpolitik in Süd- und Ostasien) und entwickelt fachliche Kapazitäten in Zusammenarbeit mit Universitäten (Philipps-Universität Marburg, TU München, Karlsruhe und Hannover) und auch mit Fachinstitutionen in den Bundesländern.

Zusätzlich unterstützt die KfW Landadministrationsprojekte in einer Anzahl von Ländern (Georgien, Honduras, Guatemala u. a.) durch Bereitstellung von Krediten und Fachwissen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD unterstützt Initiativen zur entwicklungsorientierten Kapazitätserweiterung durch Stipendien. Beratungsdienste des privaten Sektors für Projektimplementierung nehmen durch Verträge mit KfW und GTZ zu.

Für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutet Agieren innerhalb der globalen Partnerschaft, die spezifischen Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen der unterschiedlichen Akteure, Entwicklungsorganisationen, des privaten Sektors, zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Ausbildung und Forschung zusammenzuführen.

Literatur

- BMZ: Harmonisation and coordination of donor practices in German development cooperation, Bonn, 2004.
- European Union, task force on land tenure: EU land policy guidelines, 2004.
- FAO land tenure service: Access to rural land and land administration after violent conflicts, FAO Land tenure studies 8, Rome 2005.
- FIG Conference on Secure Land Tenure in Asia, 2005, www.fig.net
- FIG Conference on Secure Tenure in Africa, 2004, www.fig.net
- FIG Symposium on Urban – Rural interrelationship, 2003, www.fig.net
- FIG Symposium on Land Administration in Post-Conflict Areas, 2004, www.fig.net
- GTZ: Land Tenure in Development Cooperation: Guiding Principles, Eschborn 1998.
- H. Magel, B. Wehrmann: Applying Good Governance to Urban Management. In: *zfv*, Heft 6, 2001.
- UN General Assembly: Declaration of the Millennium Development Goals, New York, 2000, www.un.org/millenniumgoals/
- UN: UNISPACE III: The Space Millennium: Vienna Declaration on Space and Human Development, www.unoosa.org, Vienna, 1999.
- UNCHS (United Nations Centre for Human Settlements): The Global Campaign for Secure Tenure, Nairobi, 1999.
- UN Habitat, land and tenure section: Handbook on best practices –security of tenure and access to land–, UN Habitat Nairobi 2003.
- UN Habitat, land and tenure section: Strategic action planning in post conflict societies, UN Habitat Nairobi, 2003.
- World Bank: Land Policies for Growth and Poverty Reduction, Research Report 2003, Washington, D. C.
- WBI (World Bank Institute) and GTZ: Land Policies for Growth and Poverty Reduction in South and East Asia (six participating countries), Distance Learning Course in Post-Conflict Context, 2003.
- Zimmermann W.: Policy implications in post-conflict situations in South and East Asia. WBI/GTZ Distance Learning Course in South and East Asia, WBI, 2003.

Links

- www.agit.at/gi4dev: Geoinformation for development –bridging the divide through partnership– University Salzburg
- www.bertelsmann-transformation-index.de/atlas: Bertelsmann Foundation, Interactive Transformation Atlas on Good Governance
- www.fao.org/sd/LTdirect/ltstudies_es.htm: FAO Land Tenure Studies
- www.gdln.org: Global distance learning network GDLN
- www.ggos.org: Global geodetic observation system GGOS of IAG
- www.gtz.de/lamin: GTZ Land Policy and Land Management Programme
- www.transparency.org/policy_and_research/surveys_indices/cpi: Transparency International, Corruption Perception Index
- www.undoc.org/unodc/crime_convention_corruption.html: UN Convention against Corruption
- www.unglobalcompact.org: UN cooperation with Business leaders to advance 10 universal principals
- www.unhabitat.org/programmes/landtenure: UN Habitat Land and Tenure Section
- www.u4.no: Utstein Anti-Corruption Resource Center
- www.worldbank.org/wbi/governance/data: World Bank Institute, Global Governance Indicators

Anschrift des Autors

Willi Zimmermann
Am Mühlbach 5
79312 Emmendingen
wita21@gmx.net